



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

150. Ratssitzung vom 9. Juni 2021

4039. 2021/100

Dringliche Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.03.2021: Bericht betreffend die Überprüfung der Bundesasylzentren durch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (2019–2020), Umsetzung der verlangten Massnahmen für den Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich durch die AOZ

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 426 vom 12. Mai 2021).

Willi Wottreng (AL) nimmt Stellung: Der Stadtrat lieferte sachliche und ausführliche Antworten zu den Fragen der SP-, Grüne- und AL-Fraktion. Wir könnten in einem Ampel-System auf jeden einzelnen Punkt eingehen und unterstützen, in Frage stellen oder ablehnen. Ich will eigentlich nur Folgendes sagen. Einerseits ist der gute Wille der Stadtzürcher Behörden durch die programmatisch vernünftigen Aussagen offensichtlich. Andererseits sehen wir zu wenig in den gelebten Alltag im Bundesasylzentrum Zürich (BAZ) hinein. Wie hat sich beispielsweise die Schaffung eines Frauenraums anfangs Jahr im Alltag ausgewirkt? Wie viele Tische stehen für die Kinder für das Lösen von Hausaufgaben tatsächlich zur Verfügung? Zur Aussage, dass Angestellte laut Arbeitsplänen rund 20 Prozent für Servicearbeiten wie Küchendienst eingesetzt werden, haben wir Kenntnis von Berichten, die andere Erfahrungen wiedergeben. Das BAZ ist nicht dem Stadtrat unterstellt. Wir können aber in Zürich auf menschlicher Ebene nicht dulden, dass so etwas wie ein vom Staat kontrollierter rechtsfreier Raum entsteht, in dem Menschenrechtsverstösse geduldet werden. Viele in der Stadt stimmten dem BAZ zu, weil sie die Asylsuchenden mit einem offenen, urbanen Geist empfangen wollen. «Wir wollen ein Zentrum mit Dorfcharakter», teilte der Stadtrat an einer Medienkonferenz im April 2016 mit. Es gibt aber Punkte, die offensichtlich weiterhin auf unbefriedigende Verhältnisse hinweisen. Es wird bestätigt, dass gemäss dem Sicherheitskonzept keine Tische in den Schlafzimmern erlaubt sind. Uns ist unverständlich, wie das Kriterium der Sicherheit, das Verbot von Tischen verlangt. Es wird bestätigt, dass in den Zimmern nicht gelüftet werden kann, weil es sich um ein Gebäude mit kontrollierter Lüftung handelt. Für frische Luft müsse man in den Innenhof. Das muss doch technisch anders lösbar sein. Bezüglich geschlechterspezifischer Gewalt sind dem Staatssekretariat für Migration (SEM) keine Vorfälle im Jahr 2020 bekannt. Wir halten das für einen Hinweis, dass dem Thema zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es widerspricht allen Erfahrungen in ähnlichen Konstellationen. Die interkulturelle Schulung des Personals mit einem Tag alle zwei Jahre scheint ungenügend und unmöglich. Weiterhin gibt es zwei Räume mit dem Namen Besinnungsraum. Die Forderung bleibt, dass sich der Stadtrat für die Abschaffung dieser Bezeichnung einsetzen soll. Bei vielen Feststellungen bleibt unklar, wie sie in der Praxis ankommen. Vom erwarteten Dorfcharakter des BAZ sehen wir wenig. Sie alle konnten von Gewalttätigkeiten von Sicherheitspersonen in einzelnen Bundesasylzentren lesen. Zum Thema der Grundrechtskonformität äussert sich der Stadtrat vorsichtig. In seiner Stellungnahme zum Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter

(NKVF) steht der übervorsichtige Satz, dass man sich «für eine Ausweitung der Kompetenzen der Betreuung zu sicherheitsspezifischen Themen beziehungsweise gegenüber den Sicherheitsbeauftragten aussprechen» werde. Das ist kryptisch und lässt Fragen offen. Die NKVF untersuchte nur die Zustände in der Halle 9, die damals als Asylzentrum gebraucht wurde. Wir schlagen vor, dass der Stadtrat die NKVF jetzt öffentlich bittet, die Verhältnisse im BAZ Duttweiler mit einem Besuch vor Ort abzuklären.

Weitere Wortmeldungen:

Marco Geissbühler (SP): Der sachliche Ton, in dem die NKVF ihren Bericht verfasste, darf uns nicht beirren. Es geht darum, staatliche Gewalt gegen Menschen, die sich in diesem konkreten Moment nicht dagegen wehren können, zu verhindern. Die Kritik, die der Bericht am SEM äussert, ist hart und es sind teilweise heftige Vorwürfe, die zwischen den Zeilen zum Ausdruck kommen. In der Menschenrechtsarbeit gibt es zwei klassische Wege, Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen und zu beheben. Der eine Weg ist, die Missstände öffentlichkeitswirksam aufzudecken, Skandale zu benennen und mit Kampagnen Druck zu erzeugen. Es ist der Weg, den beispielsweise Organisationen wie Amnesty International beschreiten. Andere Institutionen arbeiten hinter den Kulissen im Dialog mit den Verantwortlichen. Sie besuchen in offizieller Mission Orte wie Bundesasylzentren und erstellen danach Berichte, in denen sie gegenüber den Verantwortlichen sachlich, konkret und klar Missstände benennen und Empfehlungen für Verbesserungen abgeben. Es ist die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der NKVF. Wie die Antworten auf unsere Interpellation im Zusammenhang mit dem BAZ zeigen, ist es auch der Weg von Zürich und der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Die Antworten zeigen, wie die Stadt und die AOZ hinter den Kulissen daraufhin arbeiten, menschenrechtskonforme Zustände im BAZ zu erreichen. So plant die AOZ beispielsweise, niederschwellige Beschwerdemöglichkeiten für Asylsuchende einzuführen, ohne dabei zuerst auf das SEM warten zu müssen. Die Stadt setzt sich ein, die Kompetenzen von Betreuerinnen gegenüber dem Sicherheitsbeauftragten im Bundesasylzentrum zu stärken. Die AOZ will das europäische Online-Instrument zur Ermittlung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen anwenden. Im BAZ gibt es einen Gemeinschaftsraum ausschliesslich für Frauen. Menschenrechtsarbeit ist leider sehr oft Millimeterarbeit. Es gibt selten den ganz grossen Wurf. Die grösste Wirkung entfaltet sich meist, wenn sachliche Kritik und die Arbeit hinter den Kulissen mit öffentlichem Druck und öffentlichen Kampagnen kombiniert werden. Es braucht immer beide Wege in der Menschenrechtsarbeit. Verschiedene Medien wie «Das Lamm», die WOZ und das SRF deckten medial Missstände in Bundesasylzentren in der ganzen Schweiz auf. Das führte endlich dazu, dass das SEM eine unabhängige Untersuchung anordnete. Die Stadt und die AOZ arbeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten unermüdlich darauf hin, eine menschenwürdige Unterbringung im BAZ zu ermöglichen. Die Hoffnung ist, dass das schliesslich auch zu Verbesserungen in Bundesasylzentren in der ganzen Schweiz führen kann.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Als Psychiater möchte ich auf drei problematische Punkte eingehen, die mir in der Interpellationsantwort auffielen. Erstens gibt der Stadtrat in seiner Antwort offen zu, dass Menschen im BAZ, die aus Sicherheitsgründen mit

Zwangsmassnahmen behandelt wurden, keinen Zugang zum internen Rapport erhalten haben, der in diesen Situationen durch die Sicherheitskräfte erstellt wurde. Das ist nicht nur aus menschenrechtlicher Sicht, sondern auch aus psychiatrischer Sicht ein Skandal. Jede Anwendung von Zwang und Gewalt führt bei den Betroffenen zu einem absoluten Kontrollverlust über die aktuelle Situation und folglich auch zu psychischen Verletzungen. Gleichzeitig können die Traumatisierungen schnell und effizient behandelt werden, wenn jene Personen, die isoliert wurden oder Zwangsmassnahmen erlitten haben, schnell die Kontrolle über das Geschehene wiederelangen können. Das geschieht in den Spitälern und Psychiatrien, wo leider auch solche Ereignisse stattfinden können, indem die Protokolle mit den Betroffenen genau durchgegangen werden und in abgekühlter Atmosphäre die Situation rekonstruiert wird. Den isolierten und zwangsbehandelten Menschen im BAZ die Informationen zu verheimlichen, stellt eine gravierende Verletzung ihrer Gesundheitsrechte dar. Ich frage mich, worauf der Stadtrat und die Ärztinnen und Ärzte vor Ort warten, um diese Situation per sofort zu verändern. In diesem Punkt besteht aus psychiatrischer und aus medizinischer Sicht dringender Handlungsbedarf. Zweitens erfolgt gemäss stadträtlicher Antwort die Anmeldung für die psychiatrische Abklärung von Menschen im BAZ über die Zwangszuweisung durch die AOZ über «Medic Help» an das Ambulatorium Kanonengasse. Diese «Gatekeeping»-Logik erachte ich in einem derart sensiblen Gebiet wie der psychischen Gesundheit von geflüchteten Menschen als Kontraproduktiv. Psychische Störungen gelten in vielen Kulturkreisen, auch bei uns im Mitteleuropa, als persönliches Defizit oder Versagen. Der Umstand, sich zwei Personen – dem AOZ-Betreuer und der «Medic Help»-Ärztin – öffnen zu müssen, bevor man eine geeignete Fachperson treffen kann, widerspricht dem psychiatrischen Erfolgsprinzip der Niederschwelligkeit. Diese Art von medizinischer Bürokratisierung führt dazu, dass viele Menschen, die tatsächliche psychiatrische oder psychotherapeutische Hilfe brauchen, sich nicht trauen, Unterstützung zu fordern. Dementsprechend fordern wir, dass das «Gatekeeping»-System abgeschafft wird. Niemand soll sich zwei Mal vor unbekanntem Menschen entblößen, bevor der Person eine Gesundheitsversorgung gewährt werden kann. In Anbetracht dessen, dass die Prävalenz von Traumafolgestörungen in der geflüchteten Bevölkerung zwischen 30 und 60 Prozent beträgt, wird der Personalschlüssel im Ambulatorium Kanonengasse überdenkt werden müssen. Aber auch die Einführung einer spezialisierten Sprechstunde wie in Kreuzlingen wäre eine Möglichkeit, die Gesundheitsversorgung der sensiblen Bevölkerung zu garantieren. Drittens wird uns gesagt, dass die psychiatrische Betreuung nach einem Asylentscheid durch die Zuweisung an den PsychoSozialen Dienst (PSD) der AOZ erfolgt. Allerdings wird aus den Antworten des Stadtrats nicht klar, wer die Kosten für die allfällige psychotherapeutische Behandlung trägt. Auf der Homepage der PSD werden nur spezialisierte Psychotherapeutinnen erwähnt. Es ist nicht klar, ob sie mit dem Ambulatorium zusammenarbeiten oder nicht. Wenn das der Fall wäre, dann läuft wahrscheinlich alles super und dann fließen nicht nur die Informationen zwischen den Teams. Wir gehen dann auch davon aus, dass eine der Ärztinnen oder einer der Ärzte im Ambulatorium Kanonengasse die Psychologinnen oder Psychologen delegiert, sodass die Psychotherapie über die Krankenkasse ordentlich abgerechnet werden kann. Wenn das aber nicht der Fall wäre, dann stehen wir nicht nur erneut vor einem Informationsverlust zu Ungunsten von sensiblen Patientinnen und Patienten, der durch ein Institutionsdenken entsteht, sondern zusätz-

lich haben wir dann ein finanzielles Problem. Denn ohne Delegation wird von den fähigen Psychotherapeutinnen und –therapeuten eine Leistung erbracht, die vollständig durch die Stadt übernommen wird, obwohl das eigentlich von der Krankenkasse übernommen werden müsste. Nur schon deswegen müsste die Situation geändert werden. Wir schlagen darum vor, dass der Stadtrat öffentlich die NKVF bittet, sich den Missverhältnissen im BAZ anzunehmen.

Alexander Brunner (FDP): In dieser Debatte hörte ich mehr Fragen als Antworten. Wenn wir die Fragen lesen, werden starke Wörter verwendet: «Folter» und andere Missstände. Die AL ist nicht sicher, ob es schlimm ist oder nicht; es gibt zu wenig Informationen. Sie weiss nicht, ob Menschenrechtsverletzungen geschehen sind oder nicht. Es gäbe kritische Stellen im Bericht. Die SP sprach von staatlicher Gewalt und dann von Menschenrechten und Missständen. Am Ende verfiel Marco Geissbühler (SP) aber ins Lob des eigenen Stadtrats. Ich verstehe nicht viel von Psychiatrie; die AL nimmt eine gesundheitliche Sicht auf die Sache ein. Es fielen auch Worte wie «Skandal» und «Traumatisierungen». Am Ende nimmt mich jedoch wunder, ob die Zustände nun so schlimm sind, dass man von Folter sprechen kann und ob Menschenrechtskonventionen verletzt wurden. Wenn das der Fall ist, ist zwar das SEM zuständig, aber es ist die AÖZ, die das betreibt. Im Verwaltungsrat der AÖZ sitzt STR Raphael Golta und seine Departementssekretärin Ursi Krajnik-Schweizer. Dann müsste die Konsequenz sein, dass dort nachgefragt wird. Mich nimmt es wunder, ob die Situation nun schlimm ist oder nicht. Wenn es nicht schlimm ist, handelt es sich um einen Sturm im Wasserglas.

Samuel Balsiger (SVP): Während dem Zuhören wartete ich darauf, dass nun detaillierte Grausamkeiten erklärt werden würden. Lesen Sie die Folterberichte über die Lager im kommunistischen Nordkorea und informieren sie sich, was dort geschieht. Dort kommen Menschen zu Tode, Menschen müssen Zwangsarbeit leisten, sie werden mit Wasser und Schlägen gefoltert; ihre Gliedmassen werden zusammengebunden und sie werden tagelang an den Beinen aufgehängt und geschlagen. Sie müssen Ratten essen, weil sie keine Nahrung erhalten; sie müssen die Kleider der Toten tragen, wenn sie in die Lager kommen. In die Lager kommt man bereits, wenn man das linke Regime kritisiert oder wenn man nicht laut genug beim Tod des Diktators weint. Dann kommt die ganze Familie und jeder, der mit der Familie in Verbindung steht, in das Gefängnis, wo er zu Tode gefoltert wird. Sie behaupten etwas von Folter und lachen jetzt, wenn ich über reale Beispiele von Folter erzähle. Wo bleiben Ihre Beispiele und Erklärungen? Ich kann Ihnen unzählige Zeitungsartikel zeigen, in denen Asylanten beispielsweise vor Schwulenclubs auf andere losgingen und das Messer dabei zückten oder in der Silvesternacht Frauen belästigten oder Christen in den Asylzentren belästigten. Versuchen Sie in einem Asylzentrum zu übernachten, nachdem Sie gesagt haben, dass Sie Christ und schwul sind. Das sind Realitäten, zu denen ich Beispiele und Fakten bringen kann. Sie können hingehen nur Andeutungen manchen; man könne zwischen den Zeilen lesen, dass allenfalls etwas Schlimmes geschehen sei. Liest man die Berichte, ist stets festgehalten, dass Gegendarstellungen der Mitarbeiter vorhanden sind. Es sind immer nur Aussage und Gegenaussage vorhanden. In Basel fahren Vertreter der linken Extremisten eine Kampagne gegen die Asylzentren, sie bedrohen Mitarbeiter, greifen die Gebäude an und richten Sachschäden in Millionenhöhe an. Jetzt wird in einem Bericht angedeutet, dass etwas

vorhanden sein könnte. Es ist eine politische Kampagne, die hier geführt wird und hinter der nichts steckt. Der Antisemitismus der muslimischen Migranten, der Christenhass, der Hass gegen den Westen, gegen Schwule, gegen Frauen – das sind Fakten, die ich belegen kann. Machen Sie den Test und übernachten Sie dort als Asylant. Sie werden nichts erleben, wenn Sie einen muslimischen Asylanten dorthin schicken. Gehen Sie aber selbst dorthin und sagen Sie, dass Sie schwul und Christ sind. Ich will sehen, wie Ihre Nacht vonstatten geht.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich beantworte gerne die Frage von Samuel Balsiger (SVP). Warum ich lache, wenn Sie solche Voten halten, können Sie am besten unter der Schrift «Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten» von Sigmund Freud nachlesen. Dort sind die Antworten auf diese Frage enthalten. In Kurzfassung: Sie sind berechenbar. Sie sprechen Woche für Woche für Woche am Thema vorbei. Sie bringen stets ihre Phrasen, ob sie passen oder nicht. Ich musste lachen, weil Sie unbewusst die Schweiz mit Nordkorea verglichen. Ist das Ihr Standard? Sind nordkoreanische Verhältnisse der Standard, den die Schweiz erreichen soll? Wenn man sich von Ihrer Person entfernt und sich Ihren Vorwürfen zuwendet, die sie machen, so basieren diese nicht auf Fakten: Ich sagte wortwörtlich, dass die geflüchteten Menschen keinen Zugang zu den Protokollen haben. Sie können gerne mit Frau Rickli besprechen, was sie für ein Feuer im Dach hätte, wenn das in der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) der Fall wäre. Fragen Sie Frau Rickli, was geschehen würde, wenn die PUK-Menschen isoliert und in «Besinnungsräumen» zwangsbehandelt werden und sie dann keinen Zugang zu den Akten erhalten. Das ist ein Skandal, darum nannte ich das Wort und darum muss der Stadtrat handeln. Diesbezüglich hat er nicht die Kompetenz, aber in der Exekutive verfügt man über eine gewisse Macht zum Handeln in der Stadt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Jetzt haben Sie es auf den Punkt gebracht. Sie erklärten, welche Foltermethoden in den Asylzentren stattfinden: Man hat keinen Zugang zu den Protokollen. Das ist ganz schlimm. Was geschah sonst noch? Nichts. Mit Ihren Worten zeigen Sie, dass es sich um eine politische Kampagne handelt. Denn sonst hätten Sie grauenhafte Folter-Details aufgezählt. Ich sagte nicht, dass die Schweiz einen nordkoreanischen Standard erreichen soll. Ich sagte, dass es Länder gibt, in denen es tatsächlich Folter gibt und dass es beschämend ist, wenn gegenüber den Opfern von Folter das Wort benutzt wird, weil jemand keinen Zugang zu einem Protokoll erhält. Irgendeiner der wenigen echten Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, der tatsächlich Folter erlebte, muss gekränkt sein, wenn Sie sagen, Folter ist, wenn man keinen Zugang zum Protokoll hat. Was ist mit den Leidensgeschichten der in kleiner Zahl vorhandenen echten Flüchtlingen, die echte Folter durchlebten? Die meisten Leute, die über sichere Drittstaaten einreisen, 15 000 Dollar für die Überfahrt bezahlen und hier den Sozialstaat suchen, sind keine Flüchtlinge nach dem eigentlichen Begriff. Die wenigen wirklichen Flüchtlinge beleidigen Sie, indem Sie sagen, dass ein fehlender Zugang zu einem Stück Papier Folter ist.*

Marco Geissbühler (SP): *Die Haltung, die die SVP an den Tag legt, ist beschämend. Man müsse nichts in den Bundesasylzentren machen, es werde gar nicht richtig gefoltert, es sei noch viel zu wenig. Es geht schliesslich um die Verhütung von Folter. Es geht*



6 / 6

um einen Bericht der Kommission zur Verhütung von Folter. Es geht um einen besonders sensiblen Bereich von Schutzbedürftigen, die hierhin kommen und in einem System untergebracht werden, in dem sie sich unter der permanenten Aufsicht von staatlichen Organen befinden und einem Zwangsapparat unterworfen sind, der in der Verantwortung des SEM liegt. Das SEM nimmt diese Aufgabe aber nicht selbst wahr, sondern privatisierte sie und lagerte sie an private Sicherheitsdienste aus. Die Konsequenzen davon konnten wir in den Medien lesen. Es gibt zahlreiche Berichte darüber. Ein Beispiel stammt aus dem Bundesasylzentrum Altstätten im Kanton St. Gallen, in einer Gemeinde, die nicht so intensiv hinschaut, wenn es um die Menschenrechtssituation in Bundesasylzentrum geht, wie dies die Stadt Zürich macht. In diesem Bundesasylzentrum wurde ein Asylsuchender in der Nacht von einer Gruppe von privaten Sicherheitskräften auf das Übelste zusammengeschlagen, so dass er ins Spital eingeliefert werden musste, als der Sozialpädagoge ihn am nächsten Tag auffand. Es geht genau darum, solche Zustände nach Möglichkeit zu verhindern und zu bekämpfen, wo immer das möglich ist. Gegen die Zustände, die schliesslich das Resultat der gescheiterten Migrationspolitik der SVP und FDP auf Bundesebene sind, müssen wir vorgehen und wir müssen genau hinschauen, damit solche Missstände nicht geschehen können.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat